

Kreisumlage macht Lengdorf zu schaffen

1,6 Millionen Euro an den Landkreis: „nur ärgerlich“ – Gemeindeschulden steigen auf zehn Millionen Euro an

Lengdorf – Mit einer Summe von 14,7 Millionen Euro hat der Gemeinderat Lengdorf den Haushalt 2022 verabschiedet. Darin ist eine Kreditaufnahme in Höhe von 3,4 Millionen Euro enthalten. Sollten alle geplanten Investitionen getätigt werden, steigt die Verschuldung bis zum Jahresende auf rund zehn Millionen Euro.

Der Gesamthaushalt teilt sich in den Verwaltungshaushalt in Höhe von 5,7 Millionen Euro und den Vermögenshaushalt für Investitionen in Höhe von neun Millio-

nen Euro. Im Vorjahr waren für Investitionen noch 7,7 Millionen Euro vorgesehen.

In der Besprechung gingen die Gemeinderäte mit der Kreisumlage hart ins Gericht. Rund 1,6 Millionen Euro muss man an den Kreis abführen. Die Umlage macht damit knapp 30 Prozent der Ausgaben im Verwaltungshaushalt aus, aus dem der laufende Betrieb der Gemeinde bestritten wird. „Es ist nur ärgerlich, was sich der Landkreis mit den Gemeinden erlaubt“, sagte Peter Frank (FW). Er forderte ein nach-

drückliches Auftreten der Kommunen, um ein weiteres Ansteigen des Umlagesatzes zu verhindern. „Wir erwirtschaften für den Kreis, nicht für die Gemeinde“, stimmte ihm Uschi Angenend (FW) zu.

Klimakonzept angeregt

Sorgen bereitete auch die Neuverschuldung. „So kann das auf Dauer nicht weitergehen“, sagte Bürgermeisterin Michèle Forstmaier. Ein Lob für den „durchdachten und sparsamen Haushalt“ sprach

Franz Obermeier (Lengdorf Oekonomisch Sozial- LOS) aus. „Ich kann nichts Gravie-rendes aussetzen“, sagte er, merkte aber an, dass die Kosten für Energie höher ausfallen dürften als im Haushaltsplan eingerechnet. „Die Klimaschäden werden stärker werden als gedacht, jeder ist gefordert, dass er Schritt für Schritt sein Zeug in Ordnung bring, sonst wird der Schadensausgleich teurer“.

Angenend regte an, dass der Gemeinderat sich in naher Zukunft mit einem Klima- und Umweltkonzept be-

schäftigen solle, weil man es nicht schaffen werde, ein entsprechendes Konzept „in der nächsten Stunde zu entwerfen“.

Für Johannes Maier (CSU/ Bürgerblock) lag der Ansatz zur Haushaltskonsolidierung weniger darin zu sparen als vielmehr, die Einnahmen zu erhöhen. Kämmerer Norbert Niedermeier wies darauf hin, dass die Gewerbesteuer Auswirkungen auf die Ansiedlung von Gewerbe habe.

Die wichtigste Investition fließt mit 2,6 Millionen Euro in den Grunderwerb, 320 000

Euro sind für den Kindergartenneubau vorgesehen. Die Planungskosten der Kläranlage betragen 200 000 Euro, die Straßensanierung wurde mit 202 000 Euro, die neue Wasserleitung mit 132 000 Euro eingestellt. Die Einnahmen im Verwaltungshaushalt stammen mit 286 000 Euro aus den Grundsteuern, 950 000 Euro aus der Gewerbesteuer und über 2 Millionen Euro aus der Einkommensteuerbeteiligung. Die Tilgung der Schulden beläuft sich auf rund 700 000 Euro.

ANNE HUBER